

Luzerner Tagblatt

Italien schlägt alle Rekorde – in Streiks 2

Psychiater zum Hexenprozeß 9

Zusagen der Prager Führung LM



Der Politiker und die Kinder

Wem sind sie nicht bekannt, die Bilder lächelnder Diktatoren, die ein Kindlein auf dem Arm halten oder zärtlich sein Gesichtchen streicheln und sich vor aller Welt als kinderfreundliche Onkels präsentieren? Nun, bei diesem Bild wären fatale Assoziationen gewiß fehl am Platz. Ein so fröhlicher Schnappschuß kann nicht gestellt sein. Hinter diesem älteren Herrn, mit dem sich die Kinder so gut verstehen, verbirgt sich der schwedische Ministerpräsident Tage Erlander, der seit rund 21 Jahren an der Spitze der Regierung steht und hier im nordischen Winter mitten unter seinen Enkelkindern von den Regierungsgeschäften ausruht. Keystone

Einigung mit Prager Studenten

Zusicherungen von Regierung und Partieführung der CSSR über die Erfüllung von Forderungen der Studenten und der Arbeiterschaft

Prag, 21. Jan. (UPI) Nach Angaben aus Prager Studentenkreisen haben sich die Regierung der CSSR, die KP-Führung, Vertreter der Studentenschaft und Sprecher der Metallarbeitergewerkschaft auf die Erfüllung einer Reihe von Forderungen der Studenten und Arbeiter geeinigt. So sollen freie Parlamentswahlen, die Einberufung des seit langem erwarteten KP-Kongresses und die Schaffung einer von Journalisten, Studenten, Gewerkschaftern und Vertretern anderer Gruppen auszubildenden Zensur vereinbart worden sein. An der Zusammenkunft haben auch Staatspräsident Svoboda, Parteichef Alexander Dubcek, Ministerpräsident Oldrich Cernik und der Parlamentspräsident Josef Smrkovsky teilgenommen.

Wie aus Studentenkreisen weiter verlautete, sollen die Beschlüsse nach und nach veröffentlicht werden. Der Anfang soll mit einem Regierungsprogramm gemacht werden, das noch diese Woche veröffentlicht würde. Die Bekanntgabe der Beschlüsse soll schrittweise erfolgen, damit es nicht so aussehe, als ob die Regierung nach dem Flammentod von Jan Palach zu Zugeständnissen bereit sei.

Wieder Sowjettruppen in Prag?

Nach einem Bericht ihres Prager Korrespondenten Lindqvist will die Stockholmer Zeitung «Aftonbladet» erfahren haben, das russische Truppen Montagnacht wieder nach Prag zurückgebracht worden seien und nun Unterkünfte tschechoslowakischer Armeeeinheiten, von denen aus der Amtssitz des Präsidenten Svoboda leicht zu erreichen sei, besetzen sollen. Lindqvist stütze seinen Bericht auf Angaben von «Leuten in zwei Wohnbezirken». Auch aus «westlichen Botschaftskreisen» sei diese Darstellung bestätigt worden. Aber in den Straßen der Stadt habe man keine Sowjettruppen erblicken können.

Der Selbstverbrunnungsfall in Budapest

Budapest, 21. Jan. (UPI) Der 17-jährige, der sich in Budapest selbst verbrennen wollte, ist von Radio Budapest als der Berufsschüler Sandor Bauer identifiziert worden. Bauer soll vor zwei Jahren schon einmal einen Selbstmordversuch unternommen haben. Nach Angaben des ungarischen Radios liegt er in einem Budapest-Militärhospital in kritischem Zustand. Die ungarische Nachrichtenagentur MTI nannte Sandor Bauers Tat «einen Selbstmordversuch». Augenzeugen des Geschehens sagten, Sandor Bauer habe zwei ungarische Flaggen in seinen Händen gehalten, bevor er sich selbst mit Benzin übergoß und dann mit einem Streichholz den Brand entfachte.

Tass: «Antisozialistische Provokation»

Moskau, 21. Jan. (UPI) Als «antisozialistische Provokation» bezeichnete die sowjetische Nachrichtenagentur Tass die Selbstverbrunnung des tschechoslowakischen Studenten Jan Palach. Es war das erste Mal, daß die demonstrative Tat

vom Donnerstag, welcher am Sonntag der Tod folgte, in der sowjetischen Presse erwähnt wurde. Der zweite Vorfall dieser Art, der sich am Montag in Pilsen ereignete, wurde nicht erwähnt.

«Die Verbrennung wurde durch antisozialistische Kräfte angestachelt», schreibt Tass. Offenbar auf den Demonstrationszug in Prag nach dem Tod Palachs anspielend, heißt es weiter: «Gewisse Gruppen von Leuten, welche die Straßen Prags passierten, schlossen sich allmählich zu einer Demonstration zusammen, riefen antisozialistische Schlagworte und schädigten das normale Leben.» Am Samstag habe in Prag «gewisse Aktionen» gegeben, die den Bemühungen der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und ihrer Regierung um die Festigung der Lage im Land zuwidergelaufen seien. Die entsprechenden Organe der Tschechoslowakei würden nicht dulden, daß diese Bemühungen vereitelt würden.

Der zweite Student, der sich selbst verbrennen wollte

Prag, 20. Jan. ag. (DPA) Nach einer Meldung der tschechoslowakischen Nachrichtenagentur CTK hat der 25-jährige Angestellte Josef Hlavaty am Montagabend um 20.18 Uhr Ortszeit in Pilsen versucht, sich selbst zu verbrennen. Dabei erlitt Hlavaty, der geschieden ist, nach ärztlichen Berichten Verbrennungen zweiten Grades. Wie Radio Prag berichtete, übergoß sich Hlavaty auf dem Hauptplatz der Stadt mit einer leicht brennbaren Flüssigkeit, die er dann anzündete. Als der junge Mann ins Spital eingeliefert wurde, stand er unter einem schweren Schock. Beim Ausbleiben weiterer Komplikationen hoffen die Aerzte, das Leben Hlavatys retten zu können.

Verständnisvolle Worte Präsident Svoboda

(AFP) Präsident Svoboda erklärte: «Ein Funke allein genügt, um einen Großbrand auszulösen. Laßt also nicht zu, daß die Tragödie zweier junger Leute in eine nationale Tragödie mündet.» Svoboda hatte seine über alle Sender in der CSSR verbreitete Rede mit einer halbstillen Verspätung begonnen. Diese Verspätung ist vermutlich auf die Nachricht der zweiten Selbstverbrunnung in der Tschechoslowakei zurückzuführen. Der Präsident sagte wörtlich: «Ich habe soeben die Nachricht erhalten, daß ein zweiter junger Mensch in Pilsen (Pilsen) auf ähnliche Art wie der Prager Student Jan Palach Hand an sich legte.» Das tschechoslowakische Staatsoberhaupt bezeichnete Jan Palach, der seinen schweren Brandverletzungen erlegen war, als «Mann von hervorragendem Charakter und hohen Idealen». «Als ehemaliger Soldat kann ich seine Verzweiflungstat verstehen, ich kann sie aber als Präsident und Bürger dieser Republik nicht billigen». Svoboda warnte in seiner Rede vor Gerüchten und illegalen Flugblättern, mit denen die Anarchie im Lande herbeigeführt werden solle.

Streit um Gerstenmaier

Von unserem Bonner Korrespondenten

Letzte Woche wurde in Bonn bekannt, daß der Präsident des deutschen Bundestages, Dr. Gerstenmaier, eine Entschädigung von 281 107 Mark erhalten habe. Vor Jahren, so erklärte er dazu, sei er bezichtigt worden, sich zu Unrecht zum Widerstandskreis gegen Hitler zu rechnen und ebenso zu Unrecht seine akademischen Titel zu führen; überdies sei ihm von den Nazis eine Professur trotz vorliegender Voraussetzungen verweigert worden. Deswegen habe er vor knapp vier Jahren die rechtliche Lage nach den Gesetzen zur Wiedergutmachung des nazistischen Unrechts klären lassen. Ihm sei nun bestätigt worden, daß der Titel eines außerordentlichen Professors führen dürfe und ihm ebenfalls — nach deutschem Gesetz damit verbunden — entsprechende Versorgungsbezüge zustünden. Von dieser Entschädigung in Höhe von 281 107 Mark habe er 56 063 Mark Steuern bezahlt und 150 000 Mark den Angehörigen der Männer des 20.-Juli-Attentats gegen Hitler verschenkt.

In der deutschen Öffentlichkeit ist nicht verstanden worden, daß Gerstenmaier jenen Antrag erst im Jahre 1965 gestellt hat; seine Verurteilung vom Nazi-Volksgerichtshof wegen seiner Verbindung zur Widerstandsbewegung ist ja eindeutig erwiesen. In der Tat wäre es optisch sicher besser gewesen, wenn er seine Rechte früher geltend gemacht hätte. Immerhin wird man dafür menschliches Verständnis haben, da die letzten Jahre immer wieder zeigten, wie aufrechte Demokraten durch böswillige Unterstellungen und propagandistische Verleumdungen von Links- und Rechts-Extremen nicht selten allmählich in ein gewisses Zwielicht gedrängt wurden.

In einer Pressekonferenz jedoch äußerte sich Gerstenmaier dann auf die erfolgten Angriffe allzu verbittert und sprach von der Bundesrepublik als «diesem Staat des Berechtigungswesens». Auch fiel das folgenschwere, natürlich sehr zynisch gemeinte Wort «Nazi hätte man gewesen sein sollen» — dann näm-

lich brauche man sich gegen Angriffe nicht zu verteidigen. Diese Formulierungen eines Mannes, der nach dem Protokoll zweiter Mann im Staate ist, werden natürlich auf die Goldwaage weltweiten Interesses gelegt — auch wenn dieser seine öffentliche Erklärung inzwischen abgeschwächt und beigefügt hat, es habe sich um einen «Blick zurück im Zorn» und «nicht um eine wohlformulierte Sonntagsrede» gehandelt. Die Opposition sieht in diesem Verhalten eine Gefahr für das Ansehen der Bundesrepublik, doch niemand hat bisher nähere Betrachtungen darüber vorgenommen, wie der — allerdings nicht schwer aufbrausende und wohl auch nicht immer in seinem Verhalten sehr glückliche — Gerstenmaier zu einer derartigen Einstellung zur Bundesrepublik gekommen ist. War es die Verbitterung, daß viele alte Hitler-Anhänger heute hohe Pensionen erhalten und in West- und Ostdeutschland inzwischen längst in gute Positionen zurückkehren konnten?

Bedaauerlicherweise aber kann nun dieser Fall die gesamte Praxis der Wiedergutmachung des nazistischen Unrechts in der Bundesrepublik in ein falsches Licht bringen und manche Kritiker dürften sich in Wahrheit an einem weitverbreiteten unterschwelligen Resentiment gegenüber der Entschädigung der Verfolgten des Hitlerregimes entzünden — wobei diese damals wohl kaum eine derartig mutige Haltung gezeigt haben. Allerdings sind alle Hitler-Gegner dabei keineswegs so großzügig und so schnell bedacht worden wie der Bundestagspräsident, und der Verdacht, dieser sei bevorzugt behandelt worden und es werde auch hier mit zweierlei Maß gemessen, scheint vielerorts entstanden zu sein.

Ein weiterer Vorwurf richtet sich dagegen, daß Gerstenmaier auch die Versorgungsbezüge annahm, die ihm als außerordentlicher Professor für die Zeit von 1945 bis 1968 nachbezahlt wurden. In jener Zeitspanne war der Parlaments-

präsident nicht arbeitslos und mußte nicht als verhandelter Professor mühsam sein Leben fristen, und zweifellos wäre es ihm auch gelungen, nun einen Lehrauftrag an einer westdeutschen Universität zu bekommen. Einen großen Teil seiner Entschädigung indessen hat Gerstenmaier an die Angehörigen der Opfer vom 20. Juli 1944 verschenkt. Wenn nicht wenige Zeitungen mehr als deutlich die Erwartung zeigen, er hätte auf die gesamten Gelder von Anfang an verzichten sollen, so muß andererseits mit noch größerer Berechtigung gefragt werden, ob schon jemals irgendein Nazi oder auch ein höherer Wehrmachts-Offizier auf seine Bezüge verzichtet hat oder ob ihm dies von der westdeutschen Pressewelt nahegelegt wurde.

Der Vorstand der CDU versicherte Gerstenmaier seines vollen Vertrauens. Eine Ehrenerklärung aller Parteien im Parlament zustandezubringen, scheiterte jedoch; bei den Sozialdemokraten und auch bei den Freien Demokraten dürften dabei eher die persönliche Abneigung gegen ihn und gewiß ebenfalls schon wahlkampf-taktische Überlegungen dominieren. Sicher ist, daß die Auseinandersetzungen weitergehen werden. F. W. Schlomann

Gerstenmaier will nicht aufgeben

Bonn, 21. Jan. (UPI) In den Fraktionen des westdeutschen Bundestages wächst die Kritik an Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier wegen seiner Wiedergutmachungsansprüche an den Staat. Ein Sprecher der Freien Demokraten, die Gerstenmaiers Rücktritt fordern, sagte, der Fall sei nun zu einer Angelegenheit des ganzen Parlaments geworden. In der CDU/CSU und der SPD werden sich die kritischen Stimmen ebenfalls gegen den Präsidenten des Parlaments. Gerstenmaier ist aber nach Angaben seiner Mitarbeiter entschlossen, an seinem Amt festzuhalten, weil ein Rücktritt seiner Meinung nach wie ein Schuldeingeständnis wirken würde.

Nach der Amtseinsetzung Richard Nixons

Der Präsident stattete sechs Inaugurations-Bällen seine Visite ab

Washington, 21. Jan. ag. (AFP) Trotz seines schwerbefrachteten Tages besuchte Präsident Nixon am Abend nach seiner Amtseinsetzung traditionsgemäß noch sechs Bälle, die in besonders elegantem Rahmen dieses Jahr die Festlichkeiten offiziell beendeten. — In Begleitung seiner Frau und seiner beiden Töchter begab sich Nixon zuerst in die «Smithsonian Institution», wo das gesamte diplomatische Korps in Gala auf ihn wartete. Tausende von geladenen Gästen ließen den Präsidenten anschließend im «D. C. Armory» und in vier weiteren Hotels der Stadt, die von den Honoratioren der Republikanischen Partei gemietet worden waren, hochleben. Jeden seiner Besuche leitete Nixon mit einer kurzen Dankrede mit einigen

eingeflochtenen Scherzen ein und tanzte dann einen kurzen Walzer. Anschließend zog er sich ins Weiße Haus zurück. — Anlässlich dieser Bälle erneuerten die Republikaner eine Tradition, die von John F. Kennedy wiederaufgenommen und dann von seinem Nachfolger fallengelassen worden war, nämlich die Vorschritt für die Männer, im Frack zu erscheinen.

Ernennung der Kabinettsmitglieder

(R) Wenige Augenblicke nach seiner Inauguration unterzeichnete Nixon ein Dokument, in dem er die zwölf Mitglieder seines Kabinetts formell ernannte. Diese Urkunde wurde sofort an den Senat weitergeleitet, der darüber zu ent-

scheiden hat. Der neue Präsident vollzog auch die Ernennung von Charles Yost zum Botschafter bei der Uno. Schließlich bestätigte er noch den Rücktritt von Henry Cabot Lodge als amerikanischer Botschafter in der Bundesrepublik.

Kommentar der «New York Times»

New York, 21. Jan. ag. (R) Die «New York Times» schrieb, Präsident Nixon habe seine Amtszeit mit einer Inaugural-Botschaft begonnen, «die ein Modell der ruhigen Zuversicht, die er von seinen Mitbürgern erwartet, gewesen ist». Die Nation warte auf die konkreten Vorschläge zur Innen- und Außenpolitik. — In der Inauguralrede,